

Haushaltsrede 2017/2018

Gesperrt bis zum 27. September 2016 - 15.30 Uhr - Es gilt das gesprochene Wort

Sicherheit und Stadtqualität steigern!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
werte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

wir haben minimalen bis keinen Einfluss auf den globalen Klimawandel, die Europa- und Eurokrise, den Zinsverfall oder die weltweiten Konflikte und Kriege und den damit verbundenen Flüchtlingsströmen. Wir haben aber Verantwortung des Umgangs mit den Auswirkungen und Folgen dieser Krisen vorort. Wir sollten uns daher von hochtrabenden Wünschen und Zielen verabschieden und uns vollkommen ideologiefrei den Problemen unserer Stadt widmen!

Und Probleme haben wir hier in Karlsruhe zur Genüge! Zahlreiche davon haben ihren Ursprung hier in diesem Hause!

Sieben der Dringendsten möchte ich hier aufführen:

1. Eine drastisch steigende Straßenkriminalität und dem damit verbundenen sinken des Sicherheitsempfindens in der Bevölkerung.
2. Ein Fass ohne Boden Names U-Strab, das die Bezeichnung Kombilösung bisher noch nicht verdient hat.
3. Unausgereifte Finanzpolitik die die pro-Kopf-Verschuldung verdreifacht und die Darlehensverbindlichkeiten der städtischen Gesellschaften auf ein Rekordniveau getrieben hat.
4. Ein sinken der Attraktivität unserer Innenstadt verbunden mit einem Sterben des inhabergeführten Einzelhandels und Gastronomie.
5. Eine zögerliche und nicht bedarfsangepasste Wohnungsraumpolitik zur Förderung von bezahlbarem Wohnraum.
6. Die Stadt tätigt Investitionen – wie dem Umbau des Staatstheaters oder dem Neubau des Wildparkstadions – die sie sich nicht leisten kann.
7. Qualitätsprobleme und Serviceeinschränkungen mit einhergehendem Imageverlust des ÖPNV bei den Verkehrsbetrieben.

Regierungspräsidium kassiert Haushaltsplan

Zur Erinnerung: der zurückliegende Haushaltsentwurf enthielt nicht die Handschrift der Freien Wähler. Daher habe ich diesen mit Hinweis auf die *"Gleichgültigkeit gegenüber dem verantwortlichen Umgang mit volkswirtschaftlichen Grundsätzen"* sowie *"der zunehmenden Schulden und ein weiteres Aufblähen der Bankverbindlichkeiten der städtischen Gesellschaften"* und der *"Zurückweisung unserer sozialpolitisch und sicherheitspolitisch motivierten Haushaltsanträge"*, abgelehnt.

Anders als Sie Herr Oberbürgermeister, und die Kolleginnen und Kollegen von CDU, SPD, GRÜNE, KULT und GfK, die den zurückliegenden Haushalt zustimmten, sollten wir Freien Wähler richtig liegen! Die finanzielle Schieflage der Stadt war schon zu Zeiten der Haushaltsberatungen absehbar gewesen.

Das Regierungspräsidium stellte nur wenige Wochen nach der Haushaltsaufstellung fest: *„Die Liquidität der Stadt nimmt im Finanzplanungszeitraum ebenfalls stark ab und wäre nach der vorliegenden Planung spätestens 2019 erschöpft. Die anhaltend hohe Investitionstätigkeit wäre in Folge dessen mit einem starken Anstieg der Verschuldung verbunden und würde den finanziellen Handlungsspielraum der Stadt weiter einengen. Die Stadt Karlsruhe bleibt deshalb aufgefordert, die prognostizierte Entwicklung durch nachhaltig wirksame Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen abzuwenden.“*

Trotz dieser Ermahnung wollen wir das Wildparkstadion ausschließlich aus öffentlichen Mitteln finanzieren? Ein einmaliger Vorgang in ganz Deutschland!

Sehr geehrter Fraktionsvorsitzender der SPD, Herr Marvi, erinnern Sie sich angesichts dieser Kritik des Regierungspräsidiums noch an ihre Worte bei den Haushaltsberatungen: *"Die Richtung stimmt, die Grundlinie passt. Wir setzen die richtigen Schwerpunkte. Dieser Haushalt ist gut für unsere Stadt und steht für mutige Investitionen, Aufbruch und Vernunft."* Oder Sie, Herr Dr. Fischer von der KULT-Fraktion: Sie waren *"stolz auf den Haushaltsentwurf"* und erklärten: *"Die KULT-Fraktion übernimmt Verantwortung für diese Stadt und stimmt diesem Haushalt zu."* - einem defizitären und nicht genehmigungsfähigen Haushalt !

Liste der Grausamkeiten

Wo bleibt das Eingeständnis für diese Fehleinschätzung? Mit einer beängstigenden Selbstverständlichkeit vollführen Sie eine 180-Grad-Wendung und präsentieren den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt nun einen Maßnahmenkatalog zur Haushaltsstabilisierung, der von uns Freien Wähler nur noch als *„Liste der Grausamkeiten“* bezeichnet werden kann.

Denn statt nach ausreichenden Einsparungspotentialen innerhalb der städtischen Gesellschaften und der Verwaltung zu suchen und einen kritischen Blick auf Investitionen und Ihre Folgekosten zu werfen,

wird mal wieder an der Steuer- und Gebührenschaube gedreht. Denn Zweidrittel der vorgesehenen Konsolidierungsmaßnahmen sind Steuer- und Gebührenanhebungen und damit Zeichen von Hilflosigkeit und senken die Attraktivität unserer Stadt. Die Erhöhung von Gebühren für Baugenehmigungen und Grundsteuer konterkarieren die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. Wohnen wird in Zukunft für Mieter teurer! Nach wie vor bleiben neu erschließbare Wohnflächen in den Schubladen der Verwaltung viel zu lange liegen. Zudem halten wir Freien Wähler in der Erhöhung von Parkgebühren während der Stadtdurchwühlung für falsch.

Ganz besonders kritisch sehen wir Freien Wähler Leistungskürzungen bei den ärmsten und bedürftigsten Bevölkerungsschichten unserer Stadt. Karlsruhe war stets ein gutes Beispiel einer großen Solidargemeinschaft. Daran müssen wir festhalten, sonst droht uns die Gefahr, dass wir Teile der Gesellschaft an „*Rattenfänger*“ also Extreme am linken und rechten Rand des politischen Spektrums verlieren! Der Karlsruher Pass – im letzten DHH noch vehement verteidigt – soll nun eingeschränkt werden. Nur ein Beispiel für ein fatales Signal!

Fehleinschätzungen erkennen

„*Wir schaffen das!*“ Noch nie haben drei Worte die Gesellschaft derartig gespalten wie die Einschätzung unserer Bundeskanzlerin Anfang September des vergangenen Jahres. Wir Freien Wähler hatten in unserer zurückliegenden Haushaltsrede als einzige politische Gruppierung im Karlsruher Gemeinderat bereits erkannt, dass uns die „Flüchtlingskrise“ zu einer „*Herkulesaufgabe*“ für unsere Gesellschaft heranwachsen wird. Als ich damals hier in diesem Haus von sozialem Zündstoff und unabsehbaren Kosten für die Kommunen sprach, war die Unruhe und die Missbilligung in ihren Reihen groß, werte Kolleginnen und Kollegen. Die Realität hat uns eingeholt.

Deutschland steht in der „Flüchtlingsfrage“ isoliert da und die Mehrheit der deutschen Bevölkerung teilt nicht mehr die Ansicht unserer Bundeskanzlerin ! Viele Ehrenamtliche haben resigniert und Sorge macht sich in der Bevölkerung breit.

Damit wir richtig verstanden werden :

1. Es ist RICHTIG, politisch Verfolgte aufzunehmen. DENN : Vor politischer Gewalt Geflüchtete genießen hier Asyl.

2. Es ist FALSCH, die Geflüchteten mit unserem Komfort-Lebensstandard zu empfangen. DENN : Sie streben nur ihre Lebensrettung an.

3. Es ist FALSCH, Monate, Jahre für Asylprüfungsverfahren zu brauchen. DENN : Die Aufenthaltsdauer der Geflüchteten ist ein Konfliktpotenzial.

4. Es ist FALSCH, die Geflüchteten mit allen Segnungen unseres komfortablen Sozialstaats zu versorgen. DENN : Dem Terror

Entkommene Menschen haben nur den dankbaren Anspruch auf ihre Lebenserhaltung.

5. Es ist FALSCH, weitere Milliarden für weitere Entscheidungsverzögerungen einzuplanen. DENN : Diese üppigen Ansätze schüren den Neid, den Hass und werden zu Spaltungsausgaben.

6. Es ist LOGISCH, dass der rechte Rand sich üppig bedankt.

Ähnlich verhält es sich beim Thema Kombilösung. Mein „*gut gemeinter Rat an alle „Hardcore-Fans“ der Kombilösung: Angesichts – immer noch fehlender – Förderzusagen von Bund und Land für die ständigen Kostenüberschreitungen sich ernsthaft zu überlegen, ob Sie nicht einen Spendenfond einrichten, damit dieses Projekt auch zu Ende geführt werden kann, wenn uns die öffentlichen Gelder ausgehen sollten*“, stieß auf „*taube Ohren*“.

Eine nachweisliche Entscheidung über die Förderfähigkeit der Kombilösung ist bis dato noch nicht gefallen! Im Gegenteil, am 10. April 2015 hat der Bundesrechnungshof Einwände erhoben aus denen zu entnehmen ist: „*Die bisherigen, vorläufigen Prüfungsergebnisse des Bundesrechnungshofes sowie die mit dem Vorhaben zusammenhängenden, jetzt anstehenden Entscheidungen veranlassen den Bundesrechnungshof zu der Einschätzung, dass die Wirtschaftlichkeit des Gesamtvorhabens Stadtbahn Karlsruhe, Innenstadterschließung nicht mehr gegeben sein dürfte. Ohne einen aktualisierten positiven Nachweis der Wirtschaftlichkeit wären dem Vorhaben die Fördervoraussetzungen entzogen.*“

Sicherheit muss oberste Priorität haben!

Eine der Grundaufgaben des Staates ist die Sicherheit ihrer Bürger und der Schutz ihres Eigentums zu gewährleisten. Daher waren wir Freien Wähler um so mehr überrascht, als unsere Forderung in diesem Hause ebenfalls ungehört blieben, in der wir die „*Sicherheit der Bürger stärken*“ in Karlsruhe stärken wollten, in dem wir „*das Land in die Pflicht nehmen. Und wenn das Land hier versagt müssen wir als Stadt den Mut haben, den Kommunalen Ordnungsdienst qualitativ und quantitativ weiter zu stärken, bevor Bürger die Initiative ergreifen und sich selbst zur Wehr setzen!*“!

Die aktuellen Sicherheitsberichte der Stadt ebenso wie die Kriminalitätsstatistik belegen, dass es in Karlsruhe ein Sicherheitsproblem gibt und dass das Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger im gleichen Ausmaß von Jahr zu Jahr abnimmt wie die Kriminalität zunimmt.

Wir Freien Wähler konnten diesem Umstand nicht tatenlos zusehen und wurden aktiv. Gemeinsam mit dem parteilosen Stadtratskollegen Stefan Schmitt initiierten wir die „Allianz für mehr Sicherheit in Karlsruhe“, die in der Zwischenzeit weit über 60 Unterstützer aus allen Bereichen der Gesellschaft zählt, die sich für eine umfassende

Stärkung der Sicherheit in Karlsruhe einsetzen. Dazu zählt die Umsetzung eines 7-Punkte-Planes, der zum Beispiel die Aufstockung des Kommunalen Ordnungsdienstes fordert, die Einführung eines sogenannten „Frauentaxis“, das in Anbetracht der Reduzierung des Nightliner-Angebotes durch den KVV mehr als nur Berechtigung hat.

Für uns Freien Wähler steht eines fest: Trotz angespannter Haushaltslage muss die Sicherheit unsere oberste Priorität haben, hier darf nicht gespart werden, hier muss mehr investiert werden!

Stadtqualität steigern

Wie wichtig auch das von der „Allianz für mehr Sicherheit“ geforderte „Sicherheitskonzept für die Innenstadt“ ist, zeigt die gegenwärtige Situation in der Innenstadt. Einzelhandel und Gastronomie sind verzweifelt, da sie immer tiefer in die roten Zahlen rutschen und daher existenziell betroffen sind. Die Gründe dafür sind vielschichtig und hängen unter anderen mit der „Baustellenstadt“ als auch mit der deutliche Abnahme des Sicherheitsgefühls zusammen. Wir Freien Wähler sind sicher, dass dieses Phänomen der Abwärtsspirale der Stadtentwicklung für Handel und Gastronomie durch ein entschiedenes politisches Eingreifen zeitnahe abgefedert, gar gestoppt werden kann und muss.

Entscheider der Innenstadtinitiativen „Für Karlsruhe“ und der „City-Initiative“ fordern die erhebliche Reduzierung des Umfangs der umzäunten Baumaterialfelder, eine attraktive Gestaltung der Bauzäune, die Sauberkeit auf Plätzen und Straßen als auch auf den Baufeldern, die Freimachung von erheblichen Bereichen des Marktplatzes und der Lammstraße als Verweilzonen, das Abmildern der Verödung der Kaiserstraße durch Möblierung und künstliche Begrünung, das Vorgehen gegen die sichtbar „organisierte Bettelei“ und die Wiederherstellung der verlorengegangenen Sicherheit durch eine bedauernswerte Verrohung der öffentlichen Atmosphäre durch neue Gruppen, sind die beherrschenden Themen des Verlustes der Stadtqualität.

Stadtbild bewahren

Zur Steigerung der Stadtqualität gehört auch, das historische Stadtbild zu erhalten und zu erreichen, dass die *„Symphonie der Bebauung unserer Stadt stimmig und harmonisch ist“*, wie es einst Baubürgermeister Obert in einer Diskussionsrunde zum Thema „Moscheebau in Karlsruhe“ ausdrückte.

Das Bild unserer Stadt hat sich in der jüngsten Vergangenheit leider viel zu oft zum Negativen entwickelt. Entscheidende historische Gebäude wurden abgerissen. Die weit über unsere Grenzen bekannte Künstlerkolonie hinter dem Hauptbahnhof wurde geräumt und weitere Gebäude wie das Franz-Rohde-Haus oder der Botanische Garten der Universität sind bedroht. Wir Freien Wähler fordern die Verwaltung auf, sich mehr für den Erhalt architektonisch und historisch bedeutender Gebäude einzusetzen. Wir haben in

unserer jungen Stadt nicht viele davon und sollten sie umso mehr schätzen und bewahren.

Auch Neubauprojekte die prägenden oder verändernden Einfluss auf unser Stadtbild haben, wie der zur Zeit diskutierte Bau einer Großmoschee am Mühlburger Bahnhof, müssen öffentlich diskutiert und in Einbeziehung der Bürgerschaft entwickelt werden. Frühzeitige Bürgerbeteiligung auf Augenhöhe mit der Verwaltung sind jeglichen „Hinterzimmerentscheidungen“ vorzuziehen. Wir müssen uns zudem fragen, ob wir tatsächlich bei Projekten wie dem Wildparkstadion oder dem Theaterneubau aus dem Vollen schöpfen sollen. Hier wäre unseres Erachtens etwas mehr Bescheidenheit und Fingerspitzengefühl angebracht.

Zum Schluss noch ein Hinweis: Wir Freien Wähler fordern angesichts knapper Flächen für Gewerbe schon lange, darauf zu achten, dass Vergaben von Gewerbeflächen daran festgemacht werden, wie viel Gewerbesteuererinnahmen durch den Investor wieder in die städtischen Kassen zurückfließen.

Karlsruhe, den ...2016

Jürgen Wenzel – Stadtrat

Es wirkten mit: